

zustreben, als sie durch das Unfall- und Invaliden-  
versicherungsgezet vorgehen ist.

Die landwirtschaftliche Arbeiterschaft braucht  
sich keineswegs durch das Gesetz von der „land-  
wirtschaftlichen Notlage“ von der Verfolgung  
dieser Ziele abhalten zu lassen. Diese so viel  
besprochene Notlage hat ihren Grund einfach da-  
rin, daß die jetzigen Besitzer entweder durch Kauf  
oder durch Abfindung von Miterben ihr Gut viel  
zu teuer an sich gebracht oder aus anderen  
Gründen hypothekarisch überlastet haben. Die  
Arbeiter sind nicht Schuld an dieser Erscheinung.  
Wenn auch in Gebieten des mittleren und kleinen  
Grundbesitzes der Bauer darüber klagt, daß es ihm  
noch schlechter gehe, als dem Arbeiter, daß er nicht  
einmal einen Arbeitlohn herauszuschlagen, so braucht  
man keine Rücksicht darauf zu nehmen. Gerade  
weil die landwirtschaftlichen Betriebe und auch die  
Lebenshaltung der Landbevölkerung so niedrig  
waren, hat der Grundbesitz einen so hohen Kapital-  
wert erreicht und ist in weiterer Folge hypothe-  
karisch entsprechend hoch belastet worden. Nichts  
ist ungerechtfertigter, als zu verlangen, daß die  
Landarbeiter in Rücksicht auf die schlimme Lage  
vieler Grundbesitzer selbst, sich von der Verfolgung  
ihrer Interessen abhalten lassen sollten.

Wirklich geben viele Großgrundbesitzer die  
hohen Arbeiterlöhne als Ursache der „landwirt-  
schaftlichen Notlage“ an. Als wenn die Arbeiter  
nicht ebenfalls zur „landwirtschaftlichen Notlage“  
gehören würden!

Ein schlechter Großgrundbesitzer hat im letzten  
Sommer sein Gut durch Zersplitterung zum  
Verkauf ausgegeben und unter den günstigen  
Eigenschaften desselben auch den Umstand angeführt,  
daß daselbst Tagelöhner zu 35, 45 und 55 Pf.  
(Männer, Frauen und Kinder) genug zu haben  
seien. Wenn in Folge dieser eintenden Löhne der  
jährliche Reinertrag des Gutes 20.000 Mark  
betrag, so hätte es einen Kapitalwert von  
500.000 M. — Wären die Tagelöhner dreimal  
höher, so würde der Reinertrag vielleicht nur  
12.000 M. und der Kapitalwert demzufolge nur  
300.000 Mark betragen. Der Herr Großgrund-  
besitzer verkauft also mit seinem Gut auch die  
„wohlfeilen Tagelöhner“ jener Gegend und zwar  
um 200.000 M.

Aber auch im Verkaufspreis der Bauerntücher  
ist der niedrige Lohn der Arbeiter mit enthalten  
und vielfach bereits auch hypothekarisch belastet.  
Wenn sich die landwirtschaftlichen Arbeiter orga-  
nisieren und kraft dieser Organisation eine allge-  
meine und nachdrückliche Lohnverhöhung durchsetzen  
können, so würde weder ein Großgrundbesitzer  
seine „wohlfeilen“ Tagelöhner mit dem Gut ver-  
kaufen, noch ein Bauer die nicht oder schlecht be-  
zahlte Arbeit seines Ackeres mit dem Gut selbst  
hypothekarisch belasten können.

Die nächsten Ziele, welche die organisierte  
Arbeiterschaft auf dem Lande zunächst und unter  
der Voraussetzung des vorläufigen Fortbestandes  
unserer Wirtschaftsweise (des Privateigentums  
an Grund und Boden und der Lohnarbeit) an-  
zustreben hat, sind also höhere Löhne, kürzere  
Arbeitszeit und überhaupt bessere Arbeitsbedingungen,  
ferner Schutz der Arbeit, nämlich eine ausgedehnte  
Hospitalkasse der Arbeiter, eine genügende Ver-  
sicherung gegen Krankheit, Invalidität und eventuell  
gegen Arbeitslosigkeit.

Aber nicht nur in Hinsicht auf diese zunächst  
anzustrebenden Reformen sind die Interessen der  
landwirtschaftlichen Arbeiter die nämlichen, wie  
die der industriellen Arbeiterschaft. Auch in Rück-  
sicht auf die letzten Ziele des Sozialismus haben  
alle Arbeiter das nämliche anzustreben. Es han-

deln sich darum, daß die neuen Erfindungen,  
namentlich die landwirtschaftlichen Maschinen dem  
Arbeiter selbst und nicht bloß dem Grundbesitzer  
zu Gute kommen. So lange der Grund und  
Boden (und auch das Betriebskapital) Privateigen-  
tum ist, dienen alle Erfindungen und Maschinen  
nur dazu, daß man die Zahl der Arbeiter ver-  
mindert, statt die Arbeitszeit abzukürzen. Das ist das  
Werkmal der kapitalistischen Wirtschaftsweise über-  
haupt. Darum die großen Auswandererzüge, die  
alle Jahre das Land verlassen. Darum auch das  
Zustromen der Landarbeiter nach den Städten und  
die Entleerung des offenen Landes. Alsdann  
jammern die Großgrundbesitzer, wenn sie in der  
Erntezeit nicht genug Arbeiter aufreiben können,  
aber im Winter haben sie keine Arbeit für sie,  
die Dreschmaschine arbeitet eben wohlfeiler.

Welches Schicksal in dieser Beziehung Deutsch-  
land bevorsteht, kann man in Island und Eng-  
land sehen. Weilenlange Bauern ziehen sich  
rings um große Pachtstücke und an den von Rauch  
geschwärmten Wälden mag der Wanderer die zer-  
störten Herde zählen, den einzigen Rest, der von  
den Behauptungen früherer Kleinbesitzer übrig  
geblieben ist. Diese Entleerung des offenen Landes  
steht unter der Voraussetzung des Fortbestandes  
unserer Wirtschaftsweise auch Deutschland bevor.  
Man spricht freilich, um sich über diese Er-  
scheinung zu trösten, von Uebervölkerung. Ange-  
nommen, es wäre möglich ganz Island durch  
Maschinen zu bebauen, zu deren Bedienung 15.000  
Arbeiter hinreichen würden, so könnte die Insel  
als überbevölkert angesehen werden, auch wenn sie  
nur 20.000 Einwohner zählen würde. Das ist  
der wahre Sinn der Ueberbevölkerung.

In dem wirtschaftlichen und sozialen Zustande,  
welchen der Sozialismus anstrebt, dienen alle Er-  
findungen und Maschinen dazu, die Arbeit zu er-  
leichtern, die Arbeitszeit abzukürzen, die Kinder  
und alten Leute von der Arbeit zu befreien und  
für alle die Möglichkeit einer höheren Lebens-  
haltung und die Gelegenheit zur Ausbildung der  
körperlichen, geistigen und sittlichen Anlagen  
herbeizuführen.

### Zur Tagesgeschichte.

#### Deutsches Reich.

Es ereignen sich Zeichen und Wunder.  
Sogar die „Kreuzzeitung“ wagt hier und da von  
antireaktionären Gedanken zu sprechen. Unter der  
Ueberschrift „Justiz und Presse“ bringt sie einen  
Beitrag, in welchem sie klage führt über die  
Art der Beurteilung von Pressevergehen und über  
die Art des Strafmaßes gegenüber zu Gefängnis-  
strafen verurteilten Zeitungs-Redakteuren. Der  
Nichter könne sich schwerlich von seinen persön-  
lichen Anschauungen ganz frei machen. Es wär-  
den ohne Zweifel ad und zu Urteile gegen frei-  
sinnige, weisliche u. s. w. Redakteure gefällig,  
die dem ruhigen Beobachter zu hart erscheinen. Wenn  
in der Begründung eines Urteils der Richter  
sage, der betreffende Artikel sei „hochst und nie-  
derträchtig“ gewesen, so gehe daraus hervor, daß  
der Richter von festlicher Abneigung geleitet wurde.  
Er beläutere selber, indem er eine Verleumdung mit  
Gefängnis bestraft. Die Wohlthat des § 193  
— Wahrung berechtigter Interessen — werde für  
die Presse überhaupt niemals praktisch. Durch  
Berurteilung zu Gefängnisstrafen wegen politi-  
scher Verleumdung können Leute ins Gefängnis, die  
nicht hineingehören. Wenn ein Redakteur im  
Gefängnis sitzt, wirkt das auf die anderen Gefan-  
genen erbebend. Sie haben die Empfindung: also  
der kommt auch ins Gefängnis; ist doch ein

### Die Bestattung des Genossen Baumgarten.

Die unsere Lesern bekannt ist, wurde der  
brave Genosse Baumgarten in der Kongress-  
sitzung am Freitag Vormittag vom Schlag gerührt und  
starb nach wenigen Stunden, trotzdem zwei Kon-  
gressdelegierte, die Ärzte Dr. Adler-Wien und  
Dr. Jaber-Wellin, sowie ein von der Polizei re-  
quirierter Hallischer Arzt sofort die geeigneten  
Mittel anwandten. Sie konnten nur noch den  
Tod Baumgarten's, der in ein Nebenzimmer ge-  
tragen worden war, konstatieren. Senger schloß  
mit warmen Worten für den Toten, der still und  
eifrig für die Sozialdemokratie gewirkt, die Sitzung.  
Zwei Hamburger Delegierte, Dülber und Hilmer,  
wurden nun beauftragt, die Ueberführung der  
Leiche nach Hamburg vorzubereiten. Mit Hilfe  
von Haller Genossen und mit Unterstützung der  
Polizei, die — was lobend erwähnt sei — das  
größte Aufgebot an Kräften stellte, wurde es ermög-  
licht, daß um 5 Uhr Nachmittags die Leiche schon  
eingesargt war. Senger schloß nun auch die  
Nachmittags-sitzung, in welcher einstimmig be-  
schlossen worden war, daß die Bestattungsfeier  
Kosten einer würdigen Bestattung trage, und der  
Sarg wurde von den Hamburger und Altonaer  
Genossen in den Saal getragen. Das rote  
Banner der Sozialdemokratie, welches aus seinem  
Nägel in der Schweiz wieder zurückgebracht worden  
und den Saal geschmückt hatte, brachte den Sarg,  
in welchem der tode Kämpfer ruht. Senger trat  
an den Sarg und hielt eine tiefempfundene Trauer-  
rede, in welcher er hervorhob, wie unter den Ge-  
fahren des Sozialistengesetzes Baumgarten uner-  
müdbar tätig gewesen, wie er die Arbeit von  
mehreren Männern allein geleistet, wie ihm seine  
Hamburger Genossen nur Worte des Lobes nach-  
rufen konnten. In der Öffentlichkeit sei Baum-

gartener Mensch, wird respektiert u. s. w. Schlag-  
folgerung: Eine schlimme Schande kann es wohl  
nicht sein. In dem Artikel wird alsdann über  
die schlechte Verpflegung und harte Behandlung  
politischer Gefangener in den Gefängnissen geklagt  
und der Justizminister um Abänderung des  
„Reglements“ gebeten. — Wenn in solche  
Angelegenheit schon Licht dringt, so ist die Hoffnung auf  
baldige Besserung nicht aufzugeben.

Bohnum, 19. Oktober. Von wohlunter-  
richteter Seite geht der „Westf. Volksztg.“ die  
Mitteilung zu, die Regierung habe den hiesigen  
Einschüßungskommissionen zuerst gerathen, dann  
auf dieselben ausgefordert, gegen den Reaktor  
Fusangel wegen seiner bekannten Artikel über die  
Bohnumer Steuerverhältnisse Strafantrag zu stellen.  
Demgegenüber konstatirt das Blatt, daß dem Re-  
aktor, obgleich die Verjährungsfrist für die er-  
wähnten Artikel demnächst abläuft, bisher in dieser  
Angelegenheit eine Verladung vor den Unter-  
suchungsrichter nicht ausgegangen. Fusangel, der  
die gerichtliche Klarstellung seiner Angaben wünscht,  
fragt: Warum wird denn der Strafantrag nicht  
von der vorgehenden Behörde gestellt?

#### Holland.

Die Minister haben endlich der immer ent-  
scheidender nach Wahrheit verlangenden öffentlichen  
Meinung das Zugeständnis machen müssen, die  
Erklärung abzugeben, daß der König nicht mehr  
im Stande sei, die Geschäfte zu führen. Sie  
sagen freilich hinzu, der körperliche Zustand des  
Monarchen sei nicht ganz hoffnungslos. Damit  
ist jedoch weder dem Volk, noch dem König ge-  
holfen. Die Hauptsache, auf die es allein an-  
kommt, ist das geistige Befinden des Fürsten und  
da müssen die Minister zugeben, daß derselbe seit  
halb drei Wochen nicht mehr im Stande gewesen  
sei, seine Unterschrift unter die offiziellen Akten-  
stücke zu setzen. Was kann das Ministerium da  
dem bekannten Sozialistenfänger Domela Nieuwen-  
huis erwidern, wenn derselbe in seinem Blatte,  
dem „Recht für Alle“, ausführt, es sei nun be-  
wiesen, daß Holland es ganz gut ohne König  
machen könne?

Haag, 21. Okt. Der Ministerrat hat in  
der Ueberzeugung, daß der Zustand des Königs  
denselben nicht gestattet, die Regierung weiter zu  
führen, durch Beschluß von heute die vereinigte  
Versammlung beider Kamern für Dienstag, den  
28. Okt., einzuberufen.

#### Brasilien.

London, 20. Oktober. Die englische Regie-  
rung benachrichtigte heute die Vertreter der aus-  
wärtigen Mächte, daß sie die brasilianische Repu-  
blik anerkannt und den englischen Schiffen den  
Besuch ertheilt habe, die Flagge der brasilianischen  
Republik zu grünen.

### Politische Arbeiterbewegung.

Die in der Freitagssitzung des Partei-  
tages in Halle von Genossen Schoenfeld abge-  
gebene Erklärung hat folgenden Wortlaut, den  
wir auf Wunsch des Genossen Schoenfeld hier  
wiedergeben: „Während ich gestern durch die Be-  
ratungen in der 25er-Kommission festgehalten  
wurde, ist hier von mehreren Deputierten Dele-  
gationen gegen die von mir geführte in Bezug auf  
die Haltung der „Sächs. Arb. Ztg.“ in der  
Kongress gelohnte Äußerung eingelegt worden. So  
weit ich unterrichtet bin, verhält sich die Sache  
so, wie ich gestern mitgeteilt, sollten sich inbe-  
zogen meine Informationen als falsch erweisen —  
und die Möglichkeit ist nicht unter allen Um-  
ständen ausgeschlossen — so nehme ich keinen

Kugenschild Anstand, die gelohnte Äußerung zurück-  
zunehmen, da es zur Beurteilung der von mir  
gelohnten Äußerungen ganz gleichgültig ist, ob  
ich auf einen thatsächlichen Fall exemplifizire oder  
mir einen solchen Fall selbst konstruire.

— Gegenüber dem niederländischen Verede,  
welches sich in Eugen Richter's „Freisinniger  
Zeitung“ und anderen freisinnigen Blättern über  
den sozialdemokratischen Parteitag in Halle findet,  
macht es einen wohlthuenden Eindruck, wenn die  
freisinnige „Westf. Ztg.“ schreibt: Der Parteitag  
hat der Welt das Schauspiel einer Parteilorganisation  
vorgeschrieben, die — von ihrem inneren Werte ab-  
gesehen — in ihrer Art vorzüglich und in ihren  
materiellen Mitteln imponant erscheint. Andererseits  
Millionen Wählerstimmen, eine periodische Presse  
mit sechshunderttausend Abonnenten, eine wohl-  
gefüllte Kasse mit anscheinend wohlgeordneter Ver-  
waltung, eine Bezirksorganisation über den größten  
Theil des Reiches hin, ein leicht und ebenfalls  
überwindlicher Vertreterapparat, abgesehen von  
Zentralleitung, die, wenn auch nicht formell, doch  
thatsächlich eine unbeschränkte Macht besitzt und  
einen entgegenkommenden Scherzmann findet, der den  
Reid mancher anderen Zentralgewalt erregen  
könnte. — So stellt sich die deutsche Sozialdemo-  
kratie dem Publikum vor, vierzehn Tage nach Ab-  
lauf des Gesetzes, das ihre Führer proklamirte,  
ihre Vereine unterdrückt, ihre Presse zerstört,  
ihre jede öffentliche Wirkmittel, abgesehen von  
Reichstag und Reichstagswahlen, abgesehen. Es  
versteht sich von selbst, daß der Apparat, den wir  
in Halle fungiren sehen, nicht innerhalb der vier-  
zehn Tage seit dem 1. Oktober geformt worden  
ist, das Produkt, wie es vor uns steht, ist während  
der Geltung des Sozialistengesetzes zu Stande ge-  
kommen, und schon darin liegt eine Kritik dieses  
Gesetzes, wie sie vernünftiger kaum gedacht wer-  
den kann. Oder doch, noch verständlicher wäre  
es, wenn sich nachweisen ließe, daß gerade durch  
dieses Gesetz die Organisation der sozialdemokra-  
tischen Partei, so wie sie sich zeigt, möglich ge-  
worden ist.

— Den Parteigenossen diene zur Nachsicht,  
daß der Bericht über die Verhandlungen des Partei-  
tages in Halle a. S. möglichst rasch fertig ge-  
stellt und noch im Laufe des November zur Ver-  
sendung gelangen soll. Sobald der Umfang des  
Berichts und damit der Herstellungspreis desselben  
feststeht, wird der Verkaufspreis, der die Selbst-  
kosten nicht überschreiten soll, bekannt gemacht.

#### Schweiz. Sozialdemokratisches

Wahlprogramm. Das vom Parteikomitee  
der sozialdemokratischen Partei der Schweiz für  
die Nationalratswahlen aufgestellte Wahlpro-  
gramm postulirt: 1) Gesetz über die Bestrafung  
der Angriffe auf das Vereinsrecht der Arbeiter  
durch die Arbeitsherren; 2) Abschaffung der po-  
litischen Polizei und Verhinderung jeder freiheits-  
feindlichen und reaktionären Gesetzgebung im Bun-  
desrat und Auslieferungswesen; 3) Bank-  
notenmonopol mit Bundesbank (Staatsbank); 4) Wahl  
des Bundesrates durch das Volk; 5) Einführung  
des proportionalen Wahlsystems für die eidg. Wahlen; 6) obligatorisches Referen-  
dum und Initiative; 7) allgemeine obligatorische  
Kranken- und Unfallversicherung; 8) Erweiterung  
des Fabrikgesetzes gemäß den Vorschriften des  
schweiz. Arbeitertages; 9) Verstaatlichung der  
Eisenbahnen und des Betriebes.

#### Italien. Mailand, 18. Oktober.

Die Arbeiterorganisationen Mailands hielten, wie  
wir dem „Berl. Volksztg.“ entnehmen, am vorigen  
Sonntag ihren ersten vorbereitenden Kongress für  
die bevorstehenden Wahlen ab. Auf demselben

(Fortsetzung folgt.)